

8 % sind gerecht – für Arbeitnehmer und Beamte

In die Einkommensrunde mit den Ländern geht der dbb geschlossen und mit einer klaren Botschaft: Linear 8 % mehr Einkommen lautet die Forderung. Egal, ob im Norden, Süden, Osten oder Westen und egal, ob Arbeitnehmer oder Beamter. Soll der Öffentliche Dienst weiterhin erstklassiger Dienstleister zum Beispiel bei Erziehung, Sicherheit, Pflege, Infrastruktur, Verwaltung und Verkehrssicherheit sein, müssen die Arbeitnehmer und Beamten der Länder sowie die Kommunalbeamten gerecht bezahlt werden. Gute Leute – Gute Arbeit – Gutes Geld!

Die von den Gremien des **dbb** am 9. Dezember 2008 in Berlin beschlossene Forderung zur Einkommensrunde 2009 im Wortlaut:

Für die Beschäftigten der Länder:

8 % sind gerecht – für Arbeitnehmer und Beamte

Ein funktionierender Staat und ein effizienter Dienstleister für die Bürger ist nur mit einem starken und motivierten Öffentlichen Dienst sicherzustellen. Der Öffentliche Dienst in den Bundesländern steht u. a. für Sicherheit, Rechtsprechung, Forschung, Bildung, Wissenschaft, Gesundheit, Pflege, Winterdienst auf unseren Straßen und die Bereitstellung von Infrastruktur durch eine moderne Verwaltung.

Dieser leistungsfähige Öffentliche Dienst in den Bundesländern darf nicht geschwächt, sondern muss stark und zukunftssicher gestaltet werden.

Festzustellen ist jedoch, dass die Bezahlung der Arbeitnehmer und Beamten in den Ländern von der Einkommensentwicklung in der Privatwirtschaft und vom Öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen nachhaltig abgekoppelt ist. Insbesondere in den vergangenen Jahren haben Arbeitnehmer und Beamte in den Ländern durch geringe Einkommenszuwächse und zusätzliche Sonderbelastungen einen hohen Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte leisten müssen. Diese langjährige Politik der Einkommenseinbußen muss nun auch in den Bundesländern gestoppt werden.



Der zu Beginn des Jahres 2009 festzustellende Einkommensrückstand von mehr als 5 % der Landesbeschäftigten gegenüber den Beschäftigten von Bund und Kommunen muss beseitigt werden. Es darf in Deutschland keinen Öffentlichen Dienst erster und zweiter Klasse geben.

Besonders hart betroffen von diesem Einkommensrückstand sind die unteren Einkommensgruppen. Auf Grund der gestiegenen Lebenshaltungskosten muss für diese Menschen ein sozialer Ausgleich geschaffen werden.

Pressekonferenz nach dem Forderungsbeschluss, v. l. n. r.: Frank Stöhr, 1. Vorsitzender dbb tarifunion, Peter Heesen, dbb Bundesvorsitzender, Frank Bsirske, ver.di Vorsitzender, Achim Meerkamp, Mitglied ver.di Bundesvorstand

Deshalb fordert der **dbb beamtenbund und tarifunion** im Rahmen der Einkommensrunde 2009 für alle Beschäftigten der Bundesländer

- eine lineare Erhöhung der Einkommen um 8 %
- mindestens einen Betrag von 200 Euro pro Monat
- monatlich 120 Euro mehr für Auszubildende sowie die Übernahme aller Auszubildenden im Bereich der Länder
- die Verlängerung des Überleitungsrechts
- die tarifvertragliche Laufzeit soll ein Jahr betragen

Der **dbb** erwartet, dass das Tarifergebnis in allen Bundesländern zeit- und inhaltsgleich auf Beamte und Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen übertragen wird. Er unterstützt seine Landesbünde in dem Bemühen, gegebenenfalls weitere Ausgleichsmaßnahmen durchzusetzen.

Stimmen zum Forderungsbeschluss:

„Motivierend für die Beschäftigten und bezahlbar für die Arbeitgeber und Dienstherren“, nannte dbb Chef Peter Heesen die Forderung über 8 %. Für Frank Stöhr, 1. Vorsitzender der **dbb tarifunion**, ist dies eine abschlussorientierte Forderung: „Schließlich müssen auch die Länder ein vitales Interesse daran haben, ihre Mitarbeiter nicht zu Beschäftigten zweiter Klasse zu machen. Sie dürfen bei der Einkommensentwicklung der Kollegen von Bund und Kommunen nicht nur zuschauen.“ Auf der gemeinsamen Sitzung der Bundestarifkommission der **dbb tarifunion** und des dbb Bundesvorstands hatte sich Walter Spieß, Vorsitzender des dbb Landesbunds Hessen, insbesondere auf Grund seiner Erfahrungen in Hessen für ein einheitliches Vorgehen ausgesprochen: „Wir können nur vereint verhindern, zum Spielball der Politik zu werden.“

Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,2 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des Öffentlichen Diensts und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Nur Nähe mit einer persönlich überzeugenden Ansprache jedes Mitglieds schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft.

Der **dbb beamtenbund und tarifunion** weiß um die Besonderheiten im Öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke des dbb. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, www.tarifunion.dbb.de, über die Flugblätter **dbb aktuell** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**.

Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!



Bestellung weiterer Informationen

Name

Vorname

Straße

Postleitzahl/Ort

Dienststelle/Betrieb

Beruf

Beschäftigt als:

- Tarifbeschäftigte/r
- Beamter/Beamtin
- Rentner/in
- Azubi, Schüler/in
- Anwärter/in
- Versorgungsempfänger/in

- Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten
- Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten
- Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft

Datum/Unterschrift

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gerne die passende Gewerkschaftsadresse:

dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich 5, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.40 81-54 00, Fax 030.40 81-43 99
E-Mail: tarifunion@dbb.de, Internet: www.tarifunion.dbb.de